

Linz, 22. September 2016

## **Pressegespräch**

# Die Politik ist gefordert, Reformen rasch anzugehen!

Als Gesprächspartner stehen zur Verfügung:

**Dr. Kurt Pieslinger** IWS-Geschäftsführer

**DDr. Paul Eiselsberg** IMAS-Meinungsforscher



Aufgabe des Institutes Wirtschaftsstandort Oberösterreich (IWS) ist es, Themen aufzugreifen, die für die Entwicklung des Standortes von Bedeutung sind, aber in der aktuellen politischen Debatte wenig beachtet werden. Grund dafür ist hauptsächlich der Umstand, dass es sich um Fragen handelt, die eine längerfristige Behandlung verlangen, während die Politik vor allem auf kurzfristige Maßnahmen konzentriert ist.

Von Zeit zu Zeit werden von uns Umfragen in Auftrag gegeben, um festzustellen, inwieweit die von uns behandelten Themen in der Bevölkerung auf Interesse und Akzeptanz stoßen.

Das IWS hat sich in jüngster Zeit vor allem mit folgenden Themen befasst:

- Gemeindekooperation versus zwangsweiser Zusammenlegung von Gemeinden
- Neuer Finanzausgleich mit dem Zusatzthema Steuerhoheit für Bundesländer
- Facharbeiterproblematik
- Dezentralisierung und Behördenkonzentration in Wien
- Erneuerbare Energie mit dem Vorschlag, Verfahren für den Leitungsbau zu verkürzen

Die Umfrage befasst sich daher mit wichtigen Grundsatzfragen für Österreich, aber auch mit den zuvor genannten Themen.

Erfreulich ist, dass die vielfach dargestellte negative Einstellung der Bevölkerung zur aktuellen Situation im wirtschaftlichen Bereich nicht festzustellen ist. Der Optimismus für die kommenden Jahre überwiegt und Österreich werden auch für die Zukunft gute wirtschaftliche Chancen attestiert. Aber Reformen sind dringend notwendig!

## Bei den speziellen IWS-Themen ergibt sich folgendes Meinungsbild, wobei die Befragten "voll und ganz" sowie "einigermaßen" wie folgt zustimmten:

- 82 Prozent erwarten eine erhöhte Transparenz der Finanzlage von Bund, Ländern und Gemeinden, was mit unserer Forderung nach einer Steuerhoheit für die Bundesländer sehr übereinstimmt.
- 58 Prozent sind für eine eigene Steuerhoheit der Bundesländer, dass diese die Steuern von ihren Einwohnern direkt einheben und auch selbst für Ausgaben verwenden können also Ausgaben- und Einnahmenverantwortung auf einer politischen Ebene.
- 74 Prozent befürworten mehr Gemeindekooperationen mit gemeindeübergreifenden Leistungen anstelle von zwangsweisen Zusammenlegungen.
- 79 Prozent der Bevölkerung wünschen eine Aufwertung von Lehrabschluss und Meisterprüfung, sehen also im Fachkräftemangel ein großes Problem und der IWS-Vorschlag, nach der Matura auch die Lehre als Weiterbildungsmöglichkeit anzusehen ist ein Teil davon.
- 47 Prozent sind für eine Verlagerung von Bundeseinrichtungen und Institutionen aus Wien in die Bundesländer. Hier ist das Problem der enormen Konzentration auf den Raum Wien im Bewusstsein der Mehrheit der Österreicher noch nicht wirklich festzustellen.
  - "Unsere Aufgabe wird es daher sein, auf die Gefahren für Arbeitsplätze in den Bundesländern, Abwanderung und Verlust der Entwicklungsmöglichkeiten nach wie vor hinzuweisen", betont IWS-Geschäftsführer Kurt Pieslinger.



#### IMAS-Umfrage - präsentiert von DDr. Paul Eiselsberg

#### Grundstimmung - Glaube an Chancen und stabile Wettbewerbsfähigkeit

- In der Bevölkerung dominiert der Glaube an eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Status Quo in Österreich: Zwei Fünftel der Österreicher (43%) sind der Ansicht, dass die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Landes in den nächsten zwei bis drei Jahren unverändert bleiben wird. Auch im direkten Vergleich der Gegenpole zeigt sich beinahe eine Pattsituation: 21 Prozent der Befragten gehen von einer Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit aus, 17 Prozent von einer Verbesserung.
- Auf einer allgemeinen Ebene mit einem Zeithorizont von fünf bis zehn Jahren überwiegt in der Bevölkerung jedoch tendenziell die Zuversicht: Etwas mehr als ein Drittel der Österreicher (36%) und damit die relative Mehrheit ist überzeugt, dass die künftigen Entwicklungen eher mit Chancen verbunden sind. Ein Viertel der Österreicher (27%) ist jedoch gegenteiliger Ansicht und befürchtet, langfristig vor allem mit Risiken konfrontiert zu werden. Rund ein Fünftel der Befragten (21%) geht weder von besonderen Chancen noch von besonderen Risiken aus.
- In beiden Dimensionen zeigt sich ein Alters- und Bildungsgefälle, wonach jüngere Befragte unter 35 Jahren und Menschen mit höherer Bildung überdurchschnittlich zuversichtlich in die Zukunft blicken.

#### Zentrale Zukunftsthemen - Arbeitsplätze, Asylpolitik und Bildungspolitik

Insgesamt nennen die Österreicher unterschiedliche Themen, die in Österreich umgehend umgesetzt werden sollten. Besonders zentral erscheinen dabei die Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen, eine Lösung der Asylthematik sowie eine Bildungsreform. Auf einer weiteren Ebene folgen die Sicherung von Pensionen und die Bekämpfung der Kriminalität.

#### <u>Forderungen für Wirtschaftsstandort – Bürokratieabbau & Finanztransparenz</u>

• Die Bevölkerung stellt zahlreiche Forderungen für den Wirtschaftsstandort Österreich: Neun der zehn abgefragten Forderungen werden von der absoluten Mehrheit der Befragten zumindest einigermaßen unterstützt. Als besonders zentral gelten dabei der Bürokratieabbau und die erhöhte Transparenz der Finanzlage von Bund, Ländern und Gemeinden. Dicht dahinter werden Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel, eine Aufwertung von Lehrabschluss und Meisterprüfung sowie ein stärkerer Einsatz für erneuerbare Energien gewünscht.



## Überwiegend Reformbedarf in unterschiedlichsten Bereichen – allen voran bei Gesundheit, Bildung, Wirtschaft und Sozialpolitik

- Die Bevölkerung stellt nicht nur zahlreiche Forderungen für den Wirtschaftsstandort Österreich, sondern erkennt auch Reformbedarf in unterschiedlichsten Belangen: In allen der vierzehn abgefragten Bereichen werden Reformen von der absoluten Mehrheit der Befragten als zumindest einigermaßen notwendig erachtet. Besonders stark ist dabei der Ruf nach Veränderung in Bezug auf die Gesundheit, Bildung, Wirtschaft, Integration, Finanzpolitik und Sozialpolitik. Interessanterweise ist es vor allem die Bevölkerung ab 35 Jahren, welche in überdurchschnittlich vielen Bereichen Reformbedarf sieht.
- Entsprechend der vorherrschenden Einstellung, dass Veränderungen in unterschiedlichsten Ressorts notwendig wären, werden auch Reformen des Wirtschaftssystems als essentiell für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit angesehen: Ein
  Drittel der Österreicher (35%) stimmt dieser Notwendigkeit der Reformen des Wirtschaftssystems voll und ganz zu, weitere 39 Prozent einigermaßen.

## Österreich gilt als reformträge – vor allem aufgrund von Bürokratie, Interessenskonflikten und Behörden

• Für die Bevölkerung steht im Verhältnis von 60 zu 14 fest: Österreich ist träge, wenn es um die Umsetzung von Reformen im Wirtschaftssystem geht. Rund ein Viertel der Befragten (25%) ist diesbezüglich unentschieden. Vor allem Personen mittleren Alters, Angehörige der höheren Bildungsschicht und Bewohner des urbanen Raums sehen Österreich überdurchschnittlich häufig als reformträge an.

#### Hohe Bedeutung überparteilicher Organisationen

• Die **Bedeutung überparteilicher Organisationen**, welche über aktuelle Herausforderungen für Österreich diskutieren und Forderungen in unterschiedlichen Reformbereichen aufstellen, ist **in der Bevölkerung beinahe unumstritten**: Zwei Fünftel der Befragten (42%) erachten derartige Organisationen und Plattformen als sehr wichtig, ein weiteres Drittel (34%) als einigermaßen wichtig. Nur 8 Prozent der Österreicher sind gegenteiliger Meinung, 17 Prozent der Befragten können sich hierzu nicht näher äußern.



#### Eindruck einer institutionellen Konzentration in Wien vorherrschend

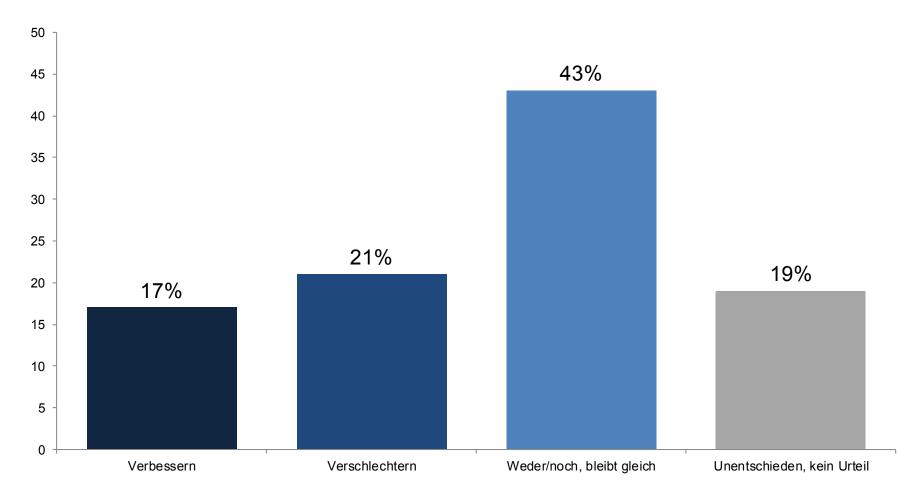
- Die absolute Mehrheit der Bevölkerung (53%) vermutet eine Konzentration der Behörden in Wien. Nur 16 Prozent haben den Eindruck, dass diese auf die unterschiedlichen Bundesländer verteilt sind und ein knappes Drittel der Österreicher (31%) kann dies nicht näher beurteilen.
- Der **Status quo polarisiert:** Ein Drittel der Österreicher (34%) hält die aktuelle Situation, in welcher 65 von 68 österreichischen Institutionen direkt in Wien angesiedelt sind, für eher richtig, eine beinahe gleich große Gruppe (32%) ist gegenteiliger Ansicht. Wiederum kann sich rund ein Drittel der Befragten (34%) hierzu nicht näher äußern.
- Welche konkreten Organisationen sich besonders für eine Verlagerung in andere Bundesländer eignen, ist für die Hälfte der Bevölkerung jedoch unklar. Auch in der Gruppe jener, welche hierzu ein Urteil abgeben, tritt keine Organisation als besonders dominant hervor. Am ehesten wird in diesem Zusammenhang noch eine Verlagerung der AGES, der Statistik Austria, des Umweltbundesamtes oder des Patentamts als vorstellbar erachtet.

## Zukunftserwartung – Wirtschaftsstandort Österreich



Basis: Österr. Bevölkerung ab 16 Jahre

Frage: "Wenn Sie an den österreichischen Wirtschaftsstandort in den nächsten 2 bis 3 Jahren denken: Glauben Sie, dass sich Österreich im Bereich der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit eher verbessern oder eher verschlechtern wird?"



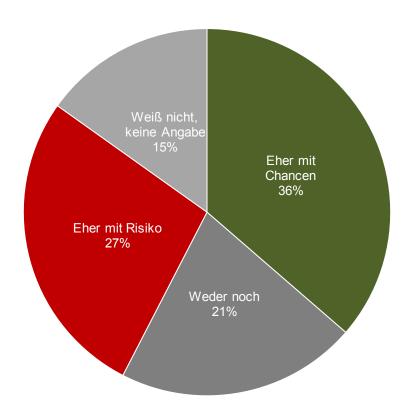






Basis: Österr. Bevölkerung ab 16 Jahre

Frage: "Glauben Sie, dass die Zukunft, also die Entwicklungen in den kommenden 5 bis 10 Jahren, eher mit Chancen oder mit Risiko verbunden ist?"





## Zentrale Zukunftsthemen für Österreich – spontan



Basis: Österr. Bevölkerung ab 16 Jahre

Frage: "Und wenn Sie jetzt bitte an die Zukunft von Österreich denken. Welche Anliegen bzw. welche Maßnahmen sollten Ihrer Meinung nach umgehend in Österreich umgesetzt werden? Können Sie das mit ein paar Stichwörtern sagen?"



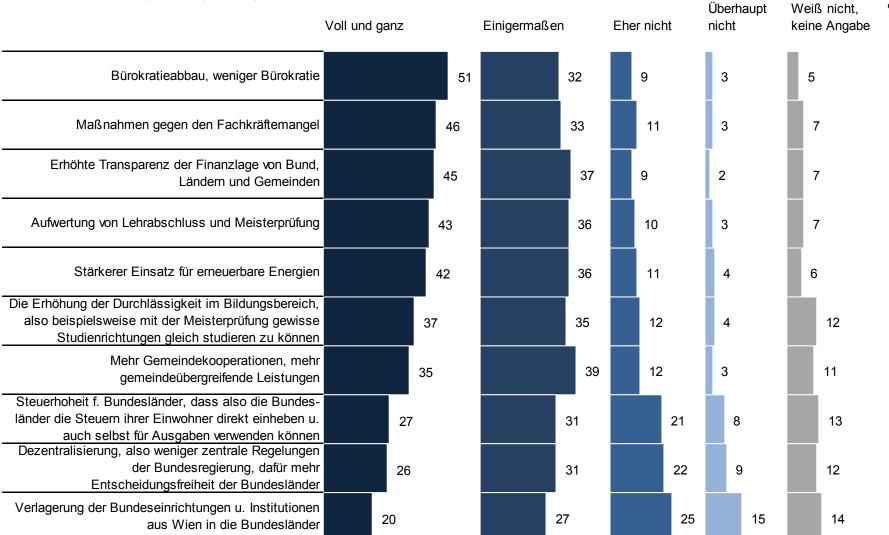


## Forderungen für den Wirtschaftsstandort Österreich



Basis: Österr. Bevölkerung ab 16 Jahre

Frage: "Ich lese Ihnen nun einige unterschiedliche Forderungen und Maßnahmen für den Wirtschaftsstandort Österreich vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie diese Forderung voll und ganz, einigermaßen, eher nicht oder überhaupt nicht unterstützen würden."

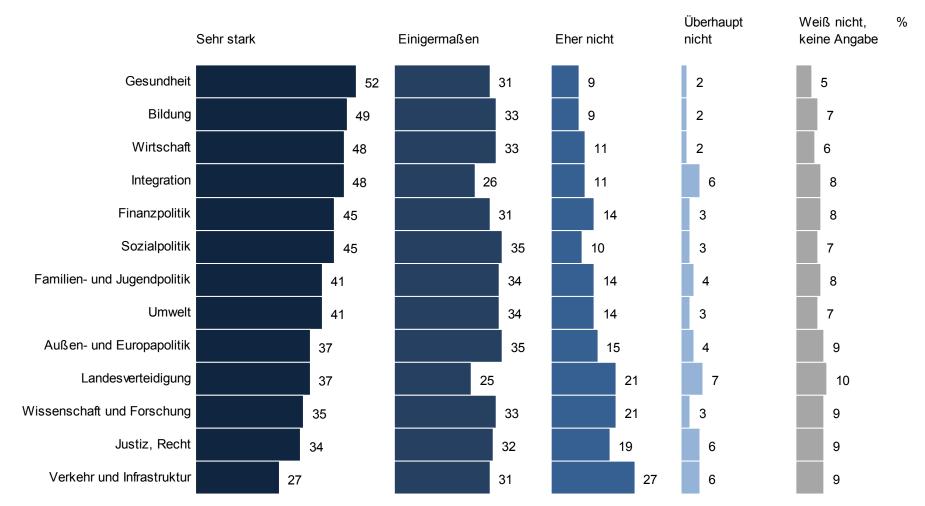


### Reformbedarf in unterschiedlichen Bereichen



Basis: Österr. Bevölkerung ab 16 Jahre

Frage: "Ich lese Ihnen nun unterschiedliche Bereiche der Bundespolitik in Österreich vor. Sagen Sie mir bitte zu jedem davon, ob Reformen in diesem Bereich sehr stark, einigermaßen stark, eher nicht oder überhaupt nicht notwendig wären?"



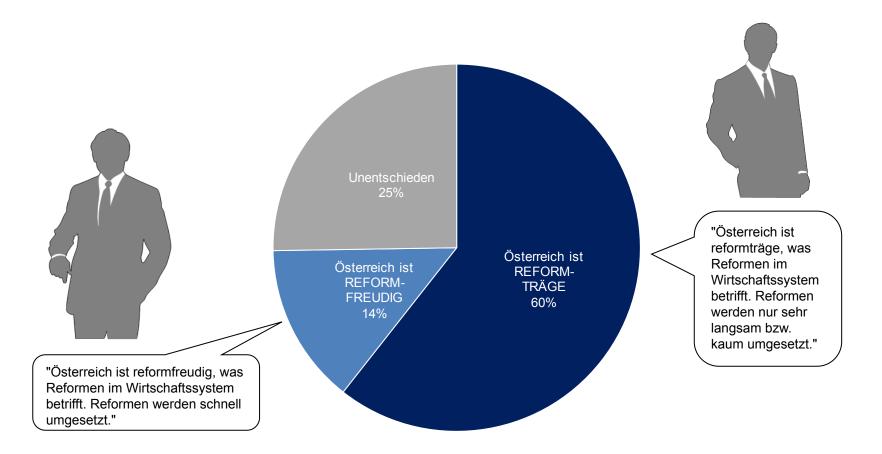


## Österreich reformfreudig oder reformträge?



Basis: Österr. Bevölkerung ab 16 Jahre

Frage: "Auf diesem Bildblatt sehen Sie zwei Personen, die sich über Reformen im Bereich der Wirtschaft in Österreich unterhalten. Welchem der beiden stimmen Sie am ehesten zu, dem Oberen oder dem Unteren?" (Vorlage Bildblatt)





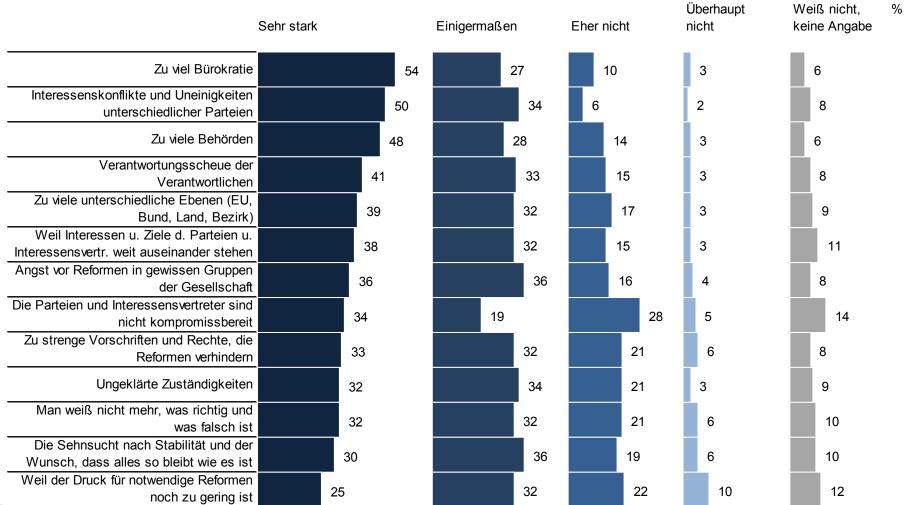
#### **Ursachen eines Reformstaus**



Basis: Österr. Bevölkerung ab 16 Jahre

Frage:

"Ich lese Ihnen nun unterschiedliche Aspekte vor, die manchmal als Ursachen genannt werden, warum Reformen in Österreich nur langsam umgesetzt werden. Sagen Sie mir bitte zu jedem davon, ob dieser Ihrer Meinung nach die Umsetzung von Reformen in Österreich sehr stark, einigermaßen stark, eher nicht stark oder überhaupt nicht behindert?" (Vorlage einer Liste)



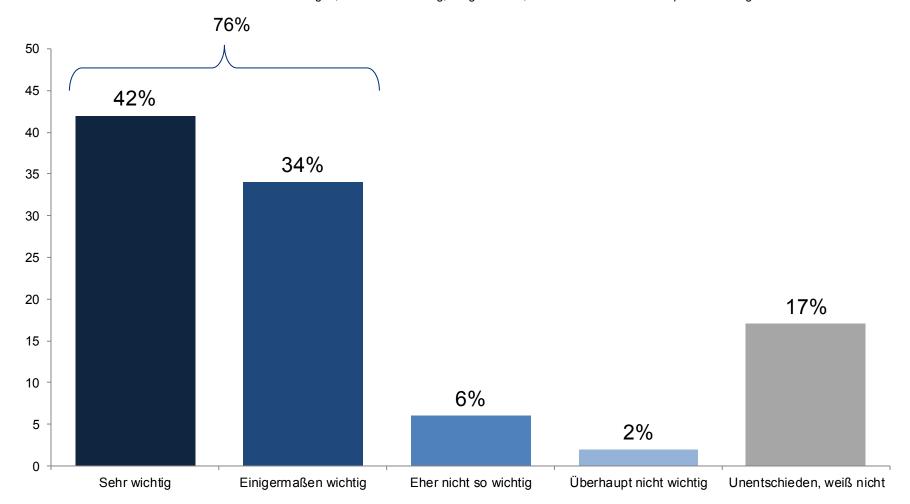
## Bedeutung überparteilicher Organisationen



Basis: Österr. Bevölkerung ab 16 Jahre

Frage:

"Wenn Sie nun an die österreichische Innenpolitik denken. Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass es unabhängige und überparteiliche Organisationen und Plattformen gibt, die immer wieder über aktuelle Herausforderungen für Österreich diskutieren und Forderungen in vielen Reformbereichen aufstellen? Würden Sie sagen, das ist sehr wichtig, einigermaßen, eher nicht so oder überhaupt nicht wichtig?"





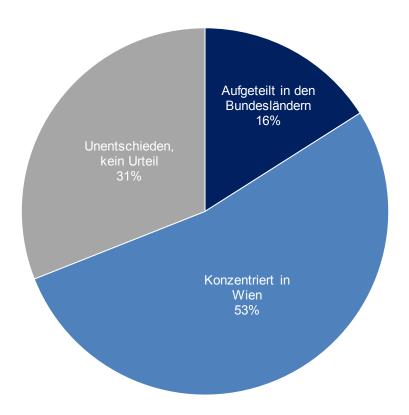




Basis: Österr. Bevölkerung ab 16 Jahre

Frage:

"Wenn Sie nun an unterschiedliche Institutionen des Bundes, also beispielsweise die Ministerien, den Verfassungsgerichtshof, die Statistik Austria oder auch das österreichische Patentamt denken: Haben Sie den Eindruck, dass diese Bundesinstitutionen auf unterschiedliche Bundesländer bzw. Landeshauptstädte eher verteilt sind oder in der Mehrzahl eher in Wien konzentriert sind?"



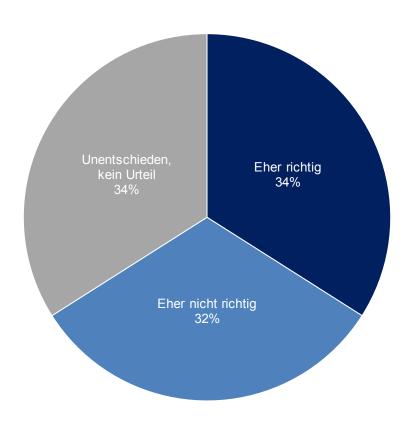


### Eindruck der aktuellen Situation



Basis: Österr. Bevölkerung ab 16 Jahre

Frage: "Eine aktuelle Studie zeigt auf, dass von 68 österreichischen Institutionen rund 65 direkt in Wien angesiedelt sind und kaum Bundesinstitutionen in den Bundesländern ihren Sitz haben. Halten Sie diese Konzentration von Bundeseinrichtungen in Wien für eher richtig oder eher nicht richtig?"



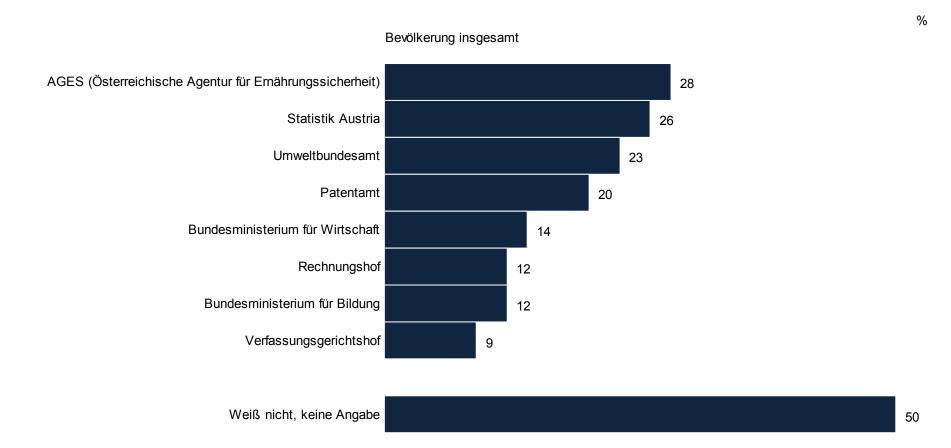


### Verlagerung der Institutionen in andere Bundesländer



Basis: Österr. Bevölkerung ab 16 Jahre

Frage: "Welche der folgenden Institutionen und Einrichtungen des Bundes könnten Ihrer Meinung nach am ehesten problemlos in andere Bundesländer verlagert werden? Wenn Sie mir das bitte nach dieser Liste sagen." (Vorlage einer Liste)







### **CONTACT**

IMAS International GmbH Institut für Markt- und Sozialanalysen GmbH Gruberstraße 2-6 A-4020 Linz

Tel.: +43 / 732 / 77 22 55 - 0 Fax: +43 / 732 / 77 22 55 - 5

